



NHB

Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Beiräte:

Prof. Dr. Manfred Stock (Vorsitz), Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer (stellv. Vorsitz), Prof. Dr. Reiner Brunsch (stellv. Vorsitz), Prof. Dr. Ingo Balderjahn, Prof. Dr. Ing. Udo Becker, Prof. Dr. Gerhard de Haan, Prof. Dr. Andreas Knie, Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Heike Molitor, Dr. Timothy Moss, Dr. Albert Statz, Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson, Prof. Dr. Hubert Wiggering

Geschäftsstelle NHB

Karl-Heinrich v.Bothmer (Leiter)

bothmer@pik-potsdam.de

Martin Batta-Lochau

batta@pik-potsdam.de

Postfach 60 12 03, 14412 Potsdam

Tel.: 0331 288-2514/ -20767

Pressemitteilung des Beirats für Nachhaltige Entwicklung (NHB) zur Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

Die Verabschiedung der Landesnachhaltigkeitsstrategie - ein wichtiges Signal zur Sicherung der Zukunft des Landes Brandenburg!

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung begrüßt die Verabschiedung der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburgs, die die Landesregierung nach einem ausführlichen gesellschaftlichen Dialogprozess jetzt vorgelegt hat.

„Die Nachhaltigkeitsstrategie stellt eine gute Grundlage für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung in Brandenburg dar und eröffnet neue Perspektiven für das Handeln der Landesregierung und aller gesellschaftlichen Akteure. Damit kann durchaus eine Aufbruchsstimmung in Brandenburg initiiert werden“, unterstreicht der Vorsitzende des Beirats, Prof. Manfred Stock vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. Der Beirat beteiligte sich aktiv über den Zeitraum von vier Jahren mit Stellungnahmen und Empfehlungen an der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, deren Tragweite in der Strategie anhand von vier Kernfragen umrissen wird, erfordert einen grundlegenden Wandel unserer derzeitigen Wirtschafts- und Lebensweise mit einem deutlichen Perspektivwechsel in nahezu allen Handlungsschwerpunkten und -feldern. Für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung skizziert die Landesregierung Leitvorstellungen in ausgewählten Handlungsfeldern und formuliert konkrete Ziele, Maßnahmen und Projekte, die nun Eingang in die Fachpolitiken finden müssen. Mit der Nachhaltigkeitsprüfung zentraler Vorhaben, der Überprüfung der Wirksamkeit der Politik durch Indikatoren und einer Nachhaltigkeitsberichterstattung trägt die Landesregierung der Notwendigkeit eines Nachhaltigkeits-Managements ihrer Politik Rechnung. Maßnahmen zu nachhaltigem Verwaltungshandeln, z.B. die Anwendung ökologischer und sozialer Kriterien

bei der öffentlichen Auftragsvergabe und Beschaffung sowie Schritte hin zu einer CO₂-neutralen Landesverwaltung, müssen nun von ihr in Angriff genommen werden, damit sie ihrer Vorbild- und Vorreiterrolle gerecht wird.

„Der Beirat begrüßt es ausdrücklich, dass Nachhaltigkeit nicht nur als Sache der Landesregierung sondern des ganzen Landes und damit als ein fortdauernder gesellschaftlicher Such- und Lernprozess angesehen wird“, führt die stellvertretende Vorsitzende des Beirats, Prof. Schäfer vom Zentrum für Technik und Gesellschaft an der TU-Berlin, aus. „Die Politik muss alle gesellschaftlichen Kräfte - Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung - an der Gestaltung dieser Herausforderung beteiligen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Nachhaltigkeit im Land gelebt werden kann.“

Angesichts dessen, dass viele der guten Anregungen aus dem Konsultationsprozess zur Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht aufgegriffen wurden, bestärkt der Beirat die Landesregierung darin, diese im Umsetzungsprozess zu berücksichtigen sowie Partizipation konkret zu ermöglichen und aktiv zu unterstützen. Dies dient der Glaubwürdigkeit der Politik.

An der einen oder anderen Stelle hätte sich der Beirat gewünscht, dass die Landesregierung den Empfehlungen des Beirats stärker gefolgt wäre. So wäre aus Sicht des Beirats ein klares Bekenntnis zu 100% erneuerbaren Energien bis 2050 eine sinnvolle Zielvorgabe, die ein sozial- und umweltverträgliches Ausstiegsszenario für die Nutzung der fossilen Energieträger wie der Braunkohle notwendig macht. Ein Energie- und Klimaschutzgesetz könnte hier die notwendige Verbindlichkeit schaffen. Erforderlich sind dafür Alternativen für Wirtschaft und Arbeit insbesondere in der Lausitz. Am Diskurs hierzu beteiligt sich der Beirat gerne.

Dem Anliegen des Beirats, einen weiteren Handlungsschwerpunkt „Biodiversität und Landnutzung“ aufzunehmen, ist die Landesregierung nicht gefolgt. Auch zahlreiche gesellschaftliche Akteure hatten sich hier mehr Offenheit im Diskussionsprozess um die Landesnachhaltigkeitsstrategie versprochen.

Der Beirat begrüßt den mutigen Schritt der Landesregierung zu dieser Strategie Nachhaltiger Entwicklung des Landes Brandenburg. Dies setzt ein wichtiges Signal für die konkrete Umsetzung in nächster Zukunft. Viele Details des Umsetzungsprozesses liegen naturgemäß in der Verantwortung der künftigen Landesregierung. Die amtierende Landesregierung ist durch den Dialogprozess bereits bestens mit den Themen, Zielen und Problemen vertraut. Daher erwartet der Beirat von dieser Landesregierung ein klares Bekenntnis zum raschen Einstieg in die Umsetzung der Strategie sowie zur Einsetzung dazu geeigneter Strukturen, wie z.B. der bisher bewährten Interministeriellen Arbeitsgruppe und dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung. Damit kann sie ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass der Verabschiedung der Strategie nun möglichst rasch konkrete Umsetzungsschritte folgen sollen.

Potsdam, den 08.05.2014